



Ausschuß für Haushaltskontrolle

29. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

3. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 13.35 Uhr

14.25 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitz: Rolf Seel (CDU)

Stenograph: Christoph Filla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Gran-Dorado-Ferienpark Medebach (Hochsauerland)

Antrag der Fraktion der CDU

1

Der Ausschuß kommt nach kurzer Diskussion auf Antrag von MDgt Dr. Oerter (FM) überein, die Beratung in vertraulicher Sitzung zu führen.

*) vertraulicher Teil mit Tagesordnungspunkt 1 siehe Vertr. APr 12/30

2 Empfehlung zur Änderung des Gesetzentwurfes der Landesregierung zum Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - KHG NW -

- Drucksache 12/3073

1

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3300
Vorlage 12/2250

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof NRW

4

Der Ausschuß stimmt dem Einzelplan 13 - Landesrechnungshof NRW - einstimmig zu.

4 Drittes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3268

6

Der Ausschuß kommt überein, in der nächsten Sitzung am 8. Dezember 1998 über diesen Tagesordnungspunkt zu beraten.

5 Landeshaushaltsrechnung 1996 und Jahresbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1997

Drucksachen 12/3096 und 12/3097

7

Zu **Abschnitt 11** (S. 57 - 65 des Jahresberichts):

"Leistungen und Kosten von Landeskassen"

7

Auf Antrag der CDU-Fraktion vertagt der Ausschuß einstimmig die Beratung.

Zu **Abschnitt 16** (S. 84 - 88 des Jahresberichts):

"Kostenausgleich in Staatsschutzsachen"

8

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, die Beratung zu vertagen.

Zu **Abschnitt 28** (S. 193 - 195 des Jahresberichts):

"Bedarfszuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Belastungen mit notwendigen Schülerfahrtkosten nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz"

8

Auf Antrag der CDU-Fraktion kommt der Ausschuß einvernehmlich zu folgender Stellungnahme:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle begrüßt grundsätzlich die Überprüfung der Bedarfszuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Belastungen mit den notwendigen Schülerfahrtkosten nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle fordert die Landesregierung auf, in Zukunft sicherzustellen, daß die Gemeinden ihre notwendigen Schülerfahrtkosten korrekt ermitteln, damit es nicht mehr zu erhöhten Bedarfszuweisungen kommt.

Zu **Abschnitt 29** (S. 196 - 200 des Jahresberichts):

"Gestaltbarkeit der Transferausgaben des Landes"

9

Der Ausschuß faßt auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig folgenden Beschluß:

Der AHK begrüßt, daß der Landesrechnungshof durch seine Unterstützung der Transferausgaben des Landes rechtlich gestaltbare Haushaltsansätze sichtbar gemacht hat. Angesichts der zu erwartenden haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen der kommenden Jahre stellt der Beratungsbericht eine wichtige Grundlage für Konsolidierungsentscheidungen dar.

Der Landeshaushalt enthält auch bei den Transferausgaben keine Ansätze, für die nicht fachpolitisch gute Gründe sprechen; andererseits weisen diese Ansätze rein rechtlich betrachtet dem Grunde und der Höhe nach deutlich mehr Gestaltungsspielräume auf, als diese üblicherweise wahrgenommen werden.

Der AHK empfiehlt der Landesregierung und dem Landtag, zur Stärkung des finanziellen Gesamtinteresses den Bericht intensiv zu beraten.

Zu Abschnitt 30 (S. 201 - 213 des Jahresberichts):

"Finanzcontrolling zur Verbesserung von Methoden der überörtlichen Gemeindeprüfung"

12

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion faßt der Ausschuß auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Beschluß:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle begrüßt die vom Landesrechnungshof im Zusammenhang mit der Verbesserung der Methoden der überörtlichen Gemeindeprüfung gemachten Vorschläge.

Er nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß in enger Zusammenarbeit mit dem Fachressort eine Optimierung der überörtlichen Gemeindeprüfung angestrebt wird, um Fehlentwicklungen der allgemeinen Haushalts- und Finanzlage der Kommunen frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der AHK begrüßt es, daß das Innenministerium zugesagt hat, den Vorschlag des Landesrechnungshofs in seine Überlegungen zur Optimierung der überörtlichen Gemeindeprüfung einzubeziehen.

Zu Abschnitt 31 (S. 214 - 220 des Jahresberichts):

"Kosten- und Leistungsrechnung bei Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen des Landes"

13

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.

6 Verschiedenes

13

Siehe Diskussionsprotokoll.

erwägungen heraus äußerste Bemühungen unternommen würden, die Anschaffung der neuen Telefonanlage zu realisieren.

Vorsitzender Rolf Seel stellt das Einvernehmen des Ausschusses fest, daß der Alternativvorschlag bezüglich der ISDN-Telefonanlage unabhängig von der jetzigen Beschlußfassung weiterhin in der Diskussion bleibe. Sodann läßt er unter dem Vorbehalt, daß die angekündigte Ergänzungsvorlage keine Auswirkungen auf den Einzelplan 13 haben werde, über diesen abstimmen.

(Das Abstimmungsergebnis ist im Beschlußprotokoll wiedergegeben.)

Der Ausschuß wählt Dr. Stefan Bajohr einstimmig zum **Berichterstatter** im HFA.

4 **Drittes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3268

Am 29. Oktober 1998 habe eine öffentliche Anhörung des HFA u. a. über Budgetierung sowie Kosten- und Leistungsrechnung stattgefunden, berichtet **Vorsitzender Rolf Seel**, die auch den AHK betreffe. Der HFA wolle am 26. November 1998 abschließend beraten, so daß der Ausschuß für Haushaltskontrolle als mitberatender Ausschuß in der heutigen Sitzung ein Votum abgeben müsse.

Walter Greverer (SPD) richtet an den Landesrechnungshof die Bitte, eine Auswertung zu den Bereichen Budgetierung sowie Kosten- und Leistungsrechnung zu erhalten. - In der Anhörung seien unterschiedliche Auffassungen dargestellt worden, inwieweit die Landeshaushaltsordnung ausreichend sei, dem LRH einen Zugriff auf Daten zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion habe damit begonnen, dieses Thema zu bearbeiten, jedoch feststellen müssen, daß dieses sehr umfangreich sei. Deshalb schlägt der Redner vor, zunächst die Berichte abzuwarten und erst anschließend in der nächsten Sitzung die für den AHK relevanten Punkte aufzugreifen.

Auch er und die CDU-Fraktion hätten der Anhörung noch nicht auswerten können, führt **Michael Breuer (CDU)** aus. Sicherlich benötige auch der HFA dazu noch ein wenig Zeit. Aus diesem Grunde schließt sich der Abgeordnete den Ausführungen seines Vorredners an.

Vorsitzender Rolf Seel stellt Einvernehmen darüber fest, daß dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung behandelt werden solle. Problematisch sei allerdings, daß der HFA nach der bisherigen Planung beabsichtige - dies habe ihm die stellvertretende Ausschußvorsitzende Meyer-Schiffer mitgeteilt -, am 26. November eine Entscheidung zu treffen. Er gehe aber davon aus - und dies signalisierten auch die anwesenden Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses -, daß auch der HFA am 26. November nicht abschließend beraten werde; unter dieser Voraussetzung könne der Ausschuß für Haushaltskontrolle in der nächsten Sitzung am 8. Dezember 1998 über diesen Punkt beraten. Des weiteren werde er dem Vorsitzenden des HFA schriftlich mitteilen, daß der AHK in der Hoffnung, daß der HFA am 26.11. nicht abschließend beraten werde, aufgrund der knappen zeitlichen Abfolge der Anhörung sowie der Ausschußsitzungen erst am 8. Dezember 1998 über diesen Punkt debattieren werde. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

(Das Beratungsergebnis ist im Beschlußprotokoll wiedergegeben.)

5 Landeshaushaltsrechnung 1996 und Jahresbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung im Geschäftsjahr 1997

Drucksachen 12/3096 und 12/3097

Zu Abschnitt 11 (S. 57 - 65 des Jahresberichts):

"Leistungen und Kosten von Landeskassen"

Walter Greverer (SPD) weist darauf hin, daß ein Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen vorliege. - Da Abschnitt 11 mit dem Thema Kosten- und Leistungsrechnung zusammenhänge, das in der nächsten Sitzung behandelt werden solle, und da innerhalb der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe, bittet **Michael Breuer (CDU)** um Verschiebung der Beratung auf die nächste Sitzung.

(Das Beratungsergebnis ist im Beschlußteil wiedergegeben.)